Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumspartei

Bezugspreis: Durch die Geschäftsstelle monatl. 1 Mk., von der Post abgeholt vierteljährlich M. 3.00, durch Postboten ins Haus gebracht M. 3.42. Erscheint täglich ausschl. Sonn- und Feiertags. **Geschäftsst.:** Bocholt, Nordstr. 27 (Fernspr. 29.) Rhede, J. G. Hams. Anholt, Wilhelm Wolsing.

Anzeigenpreis: Für Einheimische die Kleinzeile oder deren Raum 20 Pf., für Auswärtige 25 Pf. Textanzeige kosten die Kleinzeile 80 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß. Auskunft- und Angebotsgebühr 25 Pf. Bei Klage-Erhebung, Konkursen u. s. w. wird der bewilligte Nachlaß hinfällig

Amtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Liedern und Werth

48. Jahrgang — Samstag, 12. April 1919 — Nummer 92

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, den 9. April.

Auf der Tagesordnung steht die

erste Beratung des Etats für 1919.

Reichsminister Schiffer: Es ist eine undankbare Aufgabe, in dieser Zeit großer politischer Ereignisse und aufregender Vorgänge die Aufmerksamkeit auf das trockene Gebiet der Zahlen zu lenken; in Wahrheit aber ist die Kluft zwischen der großen Politik und der Finanzpolitik bei weitem nicht so groß, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Auch der größte und kühnste Gedanke jeder Politik wird schließlich vor die Frage gestellt: Was kostet seine Ausführung?, und wer das nicht berücksichtigt, der treibt eine Politik, die den Namen Realpolitik nicht mehr verdient. Die Tatsache, daß die erste Beratung des Etats gewohnheitsmäßig nicht blos auf Zahlen sich beschränkt, sondern auf alle Gebiete der Politik übergreift, ist ein Zugeständnis und Anerkenntnis, daß keine Politik getrieben werden kann, die nicht auf metallischer Grundlage beruht. Keine Zeit ist aber weniger geeignet, kein Volk weniger berufen als das unsere, sich zum Experimentalgegenstand bloßer Konstruktionen, zum Probierstein für Kombinationen und als graue Theorie politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art machen zu lassen. Dieser Etat ist noch kein Friedensetat, aber er ist der erste Schritt zum Friedensetat. Er soll, soweit irgend möglich, auf Wahrheit und Wirklichkeit gegründet sein. Ich habe mein Möglichstes getan, um der Wirklichkeit möglichst nahe zu kommen.

Die Ausgaben für Heer und Marine, die im Januar noch 3,5 Milliarden betrugen, sind im Februar auf 2,7 Milliarden und im März auf 2 Milliarden zurückgegangen. Hoffentlich setzt sich dieses Abflauen in gleichem oder wenn möglich, in rascherem Tempo fort. Der Etat balanciert mit 13 Milliarden. Das bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von 5,7 Milliarden. Der Fehlbetrag beträgt nicht weniger als 7,5 Milliarden. (Hört, hört!) Das ist ein überaus ernster Zustand, der sich noch dadurch erhöht, daß wir mit Sicherheit annehmen können, daß wir erst am Anfang dieser Entwicklung stehen. Dieser Etat ist nur ein Durchgangsetat zu noch schlimmeren Zuständen, denn in ihm sind noch nicht enthalten die finanziellen Folgen des Krieges, die Entschädigungen, die wir an die Entente zahlen müssen, und auch noch nicht die Lasten, die wir durch die von uns gewünschte Vereinigung mit Deutsch-Oesterreich auf uns nehmen müssen. Den beträchtlichen Mehrausgaben stehen ganz erhebliche Mindereinnahmen gegenüber. Der allgemeine Pensionsfonds ist mit 1,1 Milliarden veranschlagt, wir werden aber auf einen Pensionsfonds von 4,11 Milliarden kommen. (Hört, hört!) Wir müssen aus allgemeinen politischen Gründen dringend wünschen, daß diese Mehrausgabe fortfällt; sie ist nur die Folge des übermäßig hohen Geldumlaufs bei der Reichsbank. Die Steigerung der Ausgaben ist durch die Wertminderung des Geldes beeinflußt. Aeußerste Sparsamkeit ist notwendig. Die Volksvertreter müssen den Daumen auf dem Beutel halten. Bei den Gehältern der höheren Beamten ist das Entgeld für die fehlende Dienstwohnung auf die Hälfte herabgesetzt. Es besteht aber die Gefahr, daß die tüchtigen Beamten aus dem Staatsdienst austreten und bessere Privatstellen annehmen. Eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes ist in Arbeit. Für Teuerungszulagen an Beamte sind 1,6 Milliarden eingesetzt.

Unser tüchtiges Beamtentum ist ein köstliches Erbteil aus der Vergangenheit. Notwendig ist ein neues Beamtenrecht, um die Wünsche der Beamten zu erfüllen, und eine Herabsetzung der Zahl der Beamten muß eintreten. Deshalb soll aber nicht eine Verletzung der einzelnen erfolgen. Es muß aber eine zweckmäßigere Ausgestaltung des Dienstes Platz greifen. Durch die Sozialisierung müßte ja eigentlich die Zahl der Beamten erhöht werden. Aber auch der Tätigkeit des Beamtentums sind Grenzen gesetzt, wenn nicht die Allgemeinheit Schaden erleiden soll. Dinge, die bisher den freien Berufen überlassen waren, können auch heute von den tüchtigsten Durchschnittsbeamten nicht ohne weiteres geleistet werden. Die Vorzüge des Beamtentum liegen auf anderem Gebiete. Wir dürfen das wirtschaftliche Leben nicht demokratisieren. Das wäre ein Fehler. (Beifall.) Ich bin kein Gegner der Sozialisierung; aber ein an sich guter Gedanke kann Schaden anrichten, wenn er mit ungeeigneten Mitteln in Angriff genommen wird. Die Gefahr einer Bürokratisierung droht vielleicht auf dem

Gebiet der Presse.

Wir haben es im Kriege nicht verstanden, die Presse richtig zu benutzen, und haben schwer dafür büßen müssen. Dann versuchte man es mit großen Ausgaben wieder gut zu machen. Der Erfolg war kein guter. Das Instrument der Presse muß von kunstgeübter Hand gespielt werden. Es sind dazu Persönlichkeiten notwendig, die zugleich Journalist und Politiker sind. Wir leiden darunter, daß wir im großen und ganzen der Presse gegenüber zu viel Angst und zu wenig Respekt gehabt haben. Das Uebermaß von Presseorganisationen, das wir gegenwärtig in der Verwaltung haben, muß abgebaut werden. Es ist kein gesunder Zustand, wenn jedes einzelne Amt Hunderte von Personen in Presseangelegenheiten beschäftigt. Das verleitet zu Mißbräuchen. Wenn aus Reichsmitteln Propaganda für eine einzelne Partei getrieben worden ist, so ist das durchaus tadelnswert. Dagegen wird entschieden vorgegangen. (Beifall.) Der Minister bespricht dann die Maßnahmen zur Verhinderung der Kapitalabwanderung. An Steuervorschlägen hat es nicht gefehlt. Man schlägt sogar vor, öffentliche Spielhöllen zugunsten des Reiches in Betrieb zu setzen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Auch auf indirekte Steuern können wir nicht verzichten. Wünschenswert wäre es gewesen, alle Steuern noch einmal vorzuschlagen, praktisch ist es aber nicht möglich. Die Steuern werden daher wohl nur nach und nach kommen können. Diejenigen, die wohl auf jeden Fall angenommen werden, werden zuerst kommen. Mit den Einzelstaaten muß ein gutes Einvernehmen auf diesem Gebiete hergestellt werden. Das ist nur möglich, wenn wir mehr Güter erzeugen. Wir müssen mehr arbeiten. Wir müssen von dem organisierten Wahnsinn der Gegenwart ablassen. Ordnung und Arbeit! Dann werden auch die Reichsfinanzen wieder ins richtige Geleis kommen. (Beifall.)

Donnerstag Weiterberatung.

Streik und Bolschewismus.

Unruhen in Mülheim-Ruhr.

WTB. **Mülheim-Ruhr,** 10. April. Auch der heutige Tag verlief sehr stürmisch. Große Ansammlungen in der Stadt wurden schon vormittags durch Infanterieabteilungen und Ulanenpatrouillen auseinander getrieben, wobei zahlreiche Schüsse fielen. Die Truppen stellten nachmittags an verschiedenen Punkten der Stadt Maschinengewehre auf, und verhinderten neue Ansammlungen. Verschiedentlich wurden Angehörige des Freikorps entwaffnet und schwer mißhandelt. So wurde ein überfallener Soldat durch Pistolenschüsse und Dolchstiche lebensgefährlich verletzt. Eine Patrouille stellte die Täter, erschoß einen von ihnen und verletzte einen schwer. Bei weiteren Zusammenstößen wurden zwei Zivilisten getötet und mehrere verwundet.

Auch im Ruhrrevier.

Berlin, 10. April. Nach verschiedenen Berichten war die Ausrufung der Räterepublik auch im Ruhrrevier geplant. Sie sollte laut Vorwärts in der Nacht zu gestern erfolgen. Durch entsprechende Maßnahmen, besonders auch durch die Besetzung von Essen wurde diese Absicht vereitelt. In Mülheim (Ruhr) wurden 17 Mitglieder der Arbeiterräte, die in der letzten Sitzung für die sofortige Ausrufung der Räterepublik gestimmt hatten wegen Landesverrat verhaftet.

Die Vorgänge in Magdeburg.

Magdeburg, 9. April. Die gestern und in der vergangenen Nacht hier vorgekommenen Schiebereien und Lebensmittelplünderungen haben beträchtliche Opfer gefordert. Bei dem Hafengelände wurden allein 14 Personen erschossen. Bei den Plünderungen der letzten Nacht sind Lebensmittel, die in diesen Tagen in der Stadt zur Verteilung kommen sollten, im Werte von nahezu 1 Million Mark geraubt worden.

Magdeburg unter dem Belagerungszustand.

WTB **Magdeburg,** 9. April. Die Truppen des Korps Märker besetzten sofort nach ihrem Eintreffen die wichtigsten öffentlichen Gebäude. Vormittags 10 Uhr kam es in der Umgebung des Hauptpostamtes zu kurzem heftigen Gewehr- und Maschinengewehrfeuer, worauf sich die Menge zerstreute. Es gab einige Tote und Verwundete. Zur Zeit herrscht Ruhe. Ein Befehl des Korps Märker verbietet den Aufenthalt auf der Straße von 7 Uhr abends bis 5 Uhr früh. Die öffentlichen Lokale müssen um 7 Uhr abends schließen.

Spartakusunruhen und Streiks.

Berlin, 10. April. Im Ruhrgebiet ist eine wesentliche Aenderung noch nicht eingetreten. Einem Vertreter des „Berl. Tagebl." gegenüber äußerte sich Reichswehrminister Noske über die Verhältnisse im Ruhrgebiet dahin, daß die Verhältnisse wesentlich günstiger lägen, als die Sensationspresse wahrmachen wolle. Noske sagte: Ich habe seinerzeit dem Generalkommando Münster befohlen, die Streikleitung zu verhaften. Zwar wurde nur ein Mitglied ergriffen, aber diese Herren können sich darauf verlassen, daß man sie nicht mit Sammethandschuhen anfassen wird, wenn sie in unsere Hände fallen. Hier hilft nur rücksichtsloses Zugreifen.

Bankbeamtenstreik.

WTB. **Berlin,** 10. April. Generalstreik der Bankbeamten. Abbruch der Verhandlungen im Reichsarbeitsamt. Die im Reichsarbeitsamt zwischen dem Verband Berliner Bankleitungen und den beiden Bankbeamtenorganisationen geführten Einigungsverhandlungen sind nach neunstündigen Dauer ergebnislos abgebrochen worden. Infolgedessen haben die beiden Organisationen der Bankbeamten zunächst die Beamten in Hamburg, Leipzig und Frankfurt (Main) aufgefordert, sich dem Generalstreik anzuschließen.

WTB Berlin, 10. April 1919. (Telegr.) In der gestrigen geheimen Abstimmung in den einzelnen Büros der Deutschen Bank erklärten sich 2426 Beamte gegen den Eintritt in den Streik, während 2227 für den Streik stimmten. Infolge des Umstandes, daß trotzdem heute früh Streikposten der arbeitwilligen Majorität den Zutritt zur Bank verwehrten, so daß es zu Tumultszenen kam, die ein Dazwischentreten des Militärs zur Folge hatten, wurde die Bank in die Zwangslage gebracht, den Betrieb zu schließen.

WTB Ludwigshafen, 10. April 1919. (Telegr.) Die kaufmännischen Angestellten der badischen Anilin- und Sodafabrik sind seit gestern wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen ausständig. Die kaufmännischen Angestellten von drei weiteren chemischen Fabriken sind in einen Sympathiestreik eingetreten.

Die Umwälzung in Bayern.

Berlin, 10. April. Zum Kampf der Regierungen in Bayern heißt es im Lokalanzeiger aus Bamberg: Die bei der Regierung eingetroffenen Vertrauenskundgebungen aus dem ganzen Lande bestätigen das Kabinett in der Ansicht, daß baldigst eine Klärung der Lage in Bayern eintreten müsse. Der Landtag wird demnächst hier zusammentreten. Der Aeltestenausschuß hat seine Uebersiedelung hierher bereits angekündigt. Zahlreiche Abgeordnete trafen bereits ein.

Aus München wird dem Lokalanzeiger gemeldet: Der von den revolutionären Betriebsobleuten und den revolutionären Soldatenvertretern gewählte Rat hat sich zum Träger der gesamten Gewalt erklärt und vom Zentralrat durch eine Abordnung die sofortige Abdankung verlangt. Die Kommunisten rufen die revolutionären Soldaten und Arbeiter auf, ihre selbstgewählten Vertreter zu schützen. In einer Massenversammlung der Kommunisten wurde mitgeteilt, die „Weiße Garde" unter Epp und Schneppenhorst stände schon in Ingolstadt und sei im Begriff, in München einzumarschieren, um die Räterepublik zu erwürgen.

Wie das B. T. meldet, hat es der russische Bolschewistenführer Dr. Levinte verstanden, im letzten Augenblick nach München zu kommen. Er hat zusammen mit dem Münchener Kommunistenführer Dr. Levin die Führung der dritten Regierung, die Bayern bereits hat, übernommen. Die Kommunistenbewegung in München ist, einer zuverlässigen Korrespondenz zufolge, von der Schweiz mit russischem Gelde gespeist worden, worüber der Reichsregierung schon vor der Proklamation der Räterepublik Nachrichten zugegangen waren.

Dr. Heim gegen die neue Räterepublik.

WTB Weimar, 10. April 1919. Der bayrische Zentrumsabgeordnete Dr. Georg Heim veröffentlicht einen Aufruf an die bayrischen Bauern, in dem er im Namen von 4 000 000 Bauern gegen den Eingriff der neuen Räterepublik in den Betrieb der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Darlehnskassen Einspruch erhebt. Er habe aus Gründen der Menschlichkeit gegen die Aufforderung an die Bauern zum Ernährungsstreik Stellung genommen. Er sei aber überzeugt, daß die Maßnahme der Räteregierung aufreizend wirken werde. Dr. Heim erklärt, besonders scharfe Protest erheben zu müssen, weil die Leute, die jetzt in München als Minister aufträten, fast restlos Nichtbayern seien. Man werde nicht dulden, daß das landwirtschaftliche und vorbildliche Genossenschaftswesen Bayerns der Willkür landfremder, verständnisloser Leute zum Opfer falle.

München vom Verkehr abgesperrt.

WTB Berlin, 10. April. Die „B. Z. am Mittag" meldet aus München: Gestern abend wurden über München von Fliegern Flugblätter abgeworfen mit Mitteilungnn, daß München bald von den übrigen Bayern abgeschlossen sein werde. Die Lebensmittel- und Kohlenzufuhr werde ausbleiben. Massendemonstrationen gegen die Räterepublik ständen bevor, und es werde nicht lange dauern, bis München kapituliere.

Berlin, 10. April. München ist seit gestern nachmittag weder telegraphisch noch telephonisch zu erreichen, angeblich wegen Streiks.

Nur das Ministerium Hoffmann rechtmäßig.

Berlin, 10. April. Das Preußische Staatsministerium faßte soeben folgenden Beschluß: Die preußische Regierung sieht wie die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen das Ministerium Hoffmann als die allein rechtsmäßige Regierung Bayerns an.

Die Räteherrschaft in Würzburg gestürzt.

Würzburg, 10. April. Die Räteherrschaft wurde in Würzburg durch Soldaten, Bürger, Studenten und Arbeiter gestürzt. Vormittags wurde die Kaserne des 9. Infanterie-Regiments kampflos überrumpelt, mittags die Residenz (das Hauptquartier der Kommunisten) und darauf der Hauptbahnhof durch Maschinengewehre und Artillerie. Die Festung Marienberg, auf die der vereinte Angriff dann stattfinden sollte, war von den Spartakisten geräumt. Durch die Bürgerschaft, deren sich in den letzten Tagen eine wilde Erbitterung bemächtigte, geht ein Aufatmen der Befreiung. Die von den Kommunisten verhafteten 16 Geiseln sind unverletzt befreit worden. Von den Regierungstruppen sind 4 Mann tot, von den Spartakisten, soweit bisher festgestellt werden konnte, zwei tot und mehrere verwundet; außerdem wurden zwei Zivilisten getötet.

Sozialisierung der Presse in Bayern.

München, 9. April. Der revolutionäre Zentralrat veröffentlicht folgende Anordnung über die Sozialisierung der Presse:

Um die Sozialisierung der Presse sofort beginnen zu können, wird die gesamte Presse Bayerns unter gesellschaftliche Wirtschaftskontrolle gestellt.

Die gesamte Verwaltung und Betriebsführung untersteht auch in wirtschaftlicher Beziehung der öffentlichen Aufsicht. Die Kontrolle üben sofort die Betriebsräte aus, um der sozialistischen Lebensordnung Geltung zu verschaffen und gleichzeitig endlich eine wahrhaft freie Meinungsäußerung zu ermöglichen. Es folgen umgehend Einzelbestimmungen.

Erneutes Verbot der „Roten Fahne".

WTB Berlin, 10. April 1919. (Telegr.) An den Litfaßsäulen wird das Erscheinen der ‚Roten Fahne' angekündigt. Die ‚Rote Fahne' bleibt nach wie vor verboten. Jede Beihilfe zur Herstellung und Verbreitung des Blattes wird bestraft.

Streik und Lebensmittelzufuhr aus Amerika.

Haag, 10. April. Außer den in Hamburg eingetroffenen Dampfern mit Lebensmitteln sind gegenwärtig weitere 7 Dampfer mit zusammen 43000 Tonnen Mehl, Fett und Milch nach Hamburg, Bremen und Emden unterwegs. Nach den heutigen Verhandlungen in Rotterdam ist für die Beschleunigung der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland eine rechtzeitige Lieferung von Bunkerkohle von großer Bedeutung. Eine Fortdauer des Streiks im Kohlengebiet würde daher die nach Ueberwindung großer Widerstände endlich in Gang gekommenen Lebensmittelzufuhr aus Amerika unmöglich machen.

Die Neuordnung im Reich.

Mißstände bei der Justizverwaltung.

Mit Einmütigkeit beschäftigt sich die Presse sämtlicher Parteirichtungen mit den „himmelschreienden Zuständen" in der Justizverwaltung, die Assessoren im Dienstalter von zehn und mehr Jahren unentgeltlich und ohne Teuerungszulagen arbeiten läßt. Hier baldige Abhilfe zu schaffen fordert einfach die Gerechtigkeit. Daß derartige Verhältnisse überhaupt möglich waren, ist nur aus der bisherigen politischen Unfreiheit der Beamten zu erklären. Diese Zustände weisen auf die Pflicht der Beamten hin, sich zu organisieren, den großen Beamtenverbänden beizutreten und den Reihen der Beamten in den politischen Parteien zu verstärken, damit von allen Seiten nachdrücklichst die unwürdige Lage der Assessoren betont und endlich Taten an die Stelle der Versprechungen treten.

Die Verordnungen.

WTB **Weimar**, 10. 4. Der Nationalversammlung ist vom Reichsminister Preuß der Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung der Reichsregierung zum Erlasse von Verordnungen zugegangen. Nach § 1 des Gesetzes wird die Reichsregierung ermächtigt, während der Tagung der Nationalversammlung mit Zustimmung des Staatenausschusses und eines von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses von 15 Mitgliedern diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Regelung des Ueberganges von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft oder aus dringenden sonstigen Anlässen als notwendig erweisen. Die ersten Verordnungen sind der Nationalversammlung alsbald zur Kenntnis zu bringen und auf ihr Verlangen aufzuheben. Der Nationalversammlung ist ein Antrag Agnes u. Gen. zugegangen, wonach die Reichsregierung ersucht wird, der Nationalversammlung sogleich den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, wonach der 1. 5. und der 9. 11. als gesetzliche Feiertage des deutschen Volkes anerkannt werden.

Die Leipziger Messe.

WTB **Leipzig**, 10. 4. Das Meßamt teilt mit: Zur Leipziger Frühjahrsmustermesse vom 27. April bis 3. Mai haben sich bis heute 2700 Ausstellerfirmen angemeldet. In Leipzig bereitet sich alles auf eine glänzend besuchte Messe vor, die dem Wirtschaftsleben neue Nahrung zuführen soll. Gerüchte von herrschenden oder bevorstehenden Unruhen sind zweifellos auf eine durch die Vorgänge in München und Magdeburg hervorgerufene Nervosität zurückzuführen. Sie sind jedoch vollkommen unbegründet, und eine Störung der Messe wird von keiner Seite angenommen. Noch weniger ist an eine Gefährdung der Messebesucher zu denken. Die Eisenbahnen haben einen vermehrten Fahrplan für die Messe vorbereitet, der in den nächsten Tagen bekannt gegeben wird.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 12. April.

b. **Vom Wetter.** Die Aufheiterung, die in der vergangenen Woche eintrat, gewann immer mehr an Ausdehnung. Die junge Saat sproßte aus der Erde hervor. Die Veilchen kleideten sich in ihr bestes Gewand und erfreuten das Auge des Menschen. Einige Bäume stehen schon im Blütenschmuck. Am Montag und Dienstag herrschte beim heiteren Sonnenschein sommerliche Wärme, was einige Damen veranlaßte, ihre Sommertoilette spazieren zu führen. Es war ein wenig verfrüht, denn schon am Dienstag abend ließ uns der April seine Launen fühlen. Ein scharfer Nordwest — der plötzlich einsetzte — trieb schwere, graue Wolken vor sich her und jagte der Menschheit den Staub in die Augen. Das hatte zur Folge, daß am Mittwoch und Donnerstag eine empfindliche Kühle sich bemerkbar machte, die am Freitag morgen nach dem leichten Regen, der in der Nacht gefallen war, wich und es trat bei anhaltender Trübung Erwärmung ein. Die gegenwärtige Witterung wird einige Tage anhalten.

m. **Nach Indien** wird auch der zweite Vortrag führen, den einer der anwesenden Herren Missionare am kommenden Sonntag im Vereinshause St. Josef halten wird. Zu diesem interessanten Vortrage sind vor allem die Jünglinge aus St. Josef, sowie besonders auch die Mitglieder der Jünglingskongregation aus Mussum und Biemenhorst dringend eingeladen. Auch Nichtmitglieder des Jünglingsvereins sind herzlich willkommen. Die Schulentlassenen geben die Anmeldezetel ab. Anfang punkt 5,30 Uhr. Alle Bücher zurückbringen.

m. **Der christliche Metallarbeiter-Verband** hält am Montag abend 8 Uhr im Arbeiter-Vereinshause St. Paulus eine **große Versammlung** ab, worauf wir auch an dieser Stelle hinweisen möchten.

Theater-Verein e. V. Im letzten Teile ihres diesjährigen Konzertes wird die Kammersängerin Elisabeth van Endert einige moderne Kinderlieder zum Vortrag bringen, mit denen sie in Berlin großen Erfolg erntete. Zunächst 2 Lieder nach Manuskripten von Bruno Seidler-Winkler, der den Bocholter Konzertbesuchern aus dem Konzerte im vorigen Jahre wohl bekannt ist, „Der Mutter vorzusingen und Mausekätzchen". Dann ein weiteres nach einem Manuskript von Anna Hegeler „Ein Ereignis" und zum Schluß Leo Blechs „Heimkehr vom Feste".

Frau Leo Betsy Culp wird nicht nur die Begleitung der Frau van Endert am Clavier übernehmen, sondern auch die Etude As-dur, Fantasie Impromptu und Scherzo B. Moll von Chopin, sowie den Frühling und den Zug der Zwerge von Chopin zum Vortrag bringen.

t. **Das zweite große Konzert** der bedeutend verstärkten Kapelle des Inftr. Regt. 16 im Schützenhause übertraf die Erwartungen, welche das kunstliebende Publikum an derartige Darbietungen zu stellen gewohnt ist. Schon die Einleitung, die Webersche Oberon-Ouverture, war eine glänzende Leistung. Mildenbrauchs Herzenlied wurde von Herrn Engelhardt aus Mesel mit viel Verständnis und guter Auffassung vorgetragen, wenn auch die Deutlichkeit der Aussprache hie und da zu wünschen übrig ließ. Schillings Musik dazu war etwas für musikalische Feinschmecker und die Aufführung durch das Orchester äußert stimmungsvoll. Aus des musikalischen Revolutionärs Bizet charaktaristischer L'Arlesienne, Suite Nr. 1 gefiel besonders das graziöse Minuette. Die zweite Folge war ganz Altmeister Wagner gewidmet. Besonders die Wiedergabe da. Träume zog die Freunde deutscher Musik in ihren Bann. Herr Konzertmeister Buchmann riß mit seiner gediegenen Auffassung Orchester und Publikum mit sich fort. Für das nächste Konzert, das, wie wir hören, nach Ostern stattfinden soll, ist den bewährten Künstlern ein volleres Haus zu wünschen, da die Darbietungen selbst den verwöhntesten Ansprüchen genügen können.

r. **Für unsere Kriegsblinden** sind uns von den Schülerinnen Minna Ohters, Hedwig Gallus, Hilde Lefert, Gerda Hülskamp, Berta Herzog und Ida Radhauer 15 Mark überreicht worden, für die wir mit Dank quittieren mit der Bitte um weitere Gaben.

m. **Weideversicherung.** In Kürze beginnt die Weidezeit. Leider nehmen die Verluste infolge Diebstahl, Blitz, Lungenwurmseuche, Tuberkulose, Hitzschlag, Lähmung, Klauenspaltung, Bauchfell-, Darm-, Gehirn-, Rückenmark-, Euter-, Gebärmutter- und Lungenentzündung, Stacheldrahtverletzung, Aufblähung, Klauengeschwüre, Knochenbruch etc. täglich zu. Hiergegen kann nur eine ausreichende Versicherung schützen. **Eine Weideversicherung gegen alle Schäden ist daher zweckmäßig und unerläßlich.** Zur Uebernahme solcher Versicherungen empfiehlt sich im heutigen Anzeigenteil die bereits über 30 Jahre bestehende, allseits bestens empfohlene Viehversicherungsgesellschaft „Halendia" in Halle a. S., welche auch allgemeine Viehlebensversicherung für Pferde, Rinder und Schweine, Versicherung tragender Stuten einschl. Leibesfrucht Hengste und Wallen, sowie Ergänzungsversicherung unzureichender Ortskassen gewährt.

Neueste Telegramme.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 10. April 1919.

Zur Beratung steht der
Antrag Oelze (deutschnat.),
der die Regierung ersucht, erstens zu erklären, daß den Staatsbeamten, Geistlichen, Lehrern und Militärbeamten ihre früher erworbenen Rechte auf unkündbare Anstellung, Gehalt, Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge gewährleistet bleibt, zweitens die wirtschaftliche Notlage der Beamten zu berücksichtigen durch Besoldungserhöhungen, durch Erhöhung der Teuerungszulagen, Ruhegehälter usw., drittens die Rechtsverhältnisse der Beamten neu zu ordnen, viertens zur Durchführung dieser Aufgaben die großen Organisationen der Beamten mit heranzuziehen, fünftens die erstrebten Verbesserungen auch den Beamten des Reiches und der Selbstverwaltung zu erwirken.

Der Antrag geht an den Haushaltungsausschuß.

Es folgt die Beratung des Antrages **Hammer** (deutschnat.). auf Abbau der Zwangswirtschaft und den Wiederaufbau des Handwerks und des Kleinhandels.

Der Antrag geht an den Handels- und Gewerbeausschuß.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. **Weimar**, 10. April. Minister des Aeußern Graf **Brockdorff-Rantzau:** Der Frieden steht vor der Tür. Wir stehen vor harten und kühl rechnenden Feinden und haben ihnen gegenüber nur eine Waffe, das ist die Berufung auf die Friedensgrundlagen, über die wir Anfang November einig wurden. Das deutsche und das russische Volk sollten sich auf das besinnen, was sie einander zu bieten haben. Dazu gehört freilich, daß das neue Rußland von jeder Form der Vergewaltigung uns gegenüber Abstand nimmt. Ich weiß, daß man erklärte, im Ministerium des Aeußeren gehe alles seinen alten Schlendrian weiter. Ich bin fest entschlossen, Wandel zu schaffen. Statt der bisherigen Einteilung nach Materien führe ich das Regionalsystem ein. Jedes wichtige Land wird seinen Spezialreferenten bekommen. Den Auslandsmissionen sollen besondere Sachverständige zugeteilt werden. Hand in Hand damit geht eine Reform des Personals. Durch den Wegfall der Unterscheidung zwischen diplomatischer und konsularischer Laufbahn wird die Auswahl unserer Anwärter für die höchsten Posten auf eine wesentlich breitere Grundlage gestellt. Es wird sich als notwendig herausstellen, Veränderungen in einigen neutralen Auslandsposten herbeizuführen.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Payer (Demokrat) teilt Präsident **Fehrenbach** mit, daß von den Abgg. Loewe, **Gröber**, v. Paher, Graf Posadowski und Dr. Heinze ein Antrag eingegangen ist, **keinen Gewaltfrieden** zu unterzeichnen, der Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes preisgibt. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Leichte Besserung.

TU. **Essen, 11. April.** (Drahtber.) **Die aus dem Ruhrgebiet vorliegenden Meldungen über die Streiklage lassen ein Abflauen der Streikbewegung erkennen. In 16 von insgesamt 20 Bergrevieren hat die Zahl der Ausständischen abgenommen. Auf drei Zechen des südlichen Reviers sind die Belegschaften wieder vollzählig angefahren. Die Gesamtzahl der Streikenden hat sich in der dortigen Frühschicht um 3500 auf 163 501 vermindert gegen 167 005 in der gestrigen Frühschicht.**

Spartakistenputsch in Düsseldorf.

TU. **Düsseldorf, 11. April.** (Drahtber.) **Gegen 12 Uhr in der vergangenen Nacht versuchten die Spartakisten einen Putsch gegen den Hauptbahnhof, der aber von der militärischen Bewachung abgewiesen wurde. Im Stadtteile Oberbild haben hauptsächlich halbwüchsige Burschen Barrikaden aebaut, doch ist es bisher nicht zu Zusammenstößen gekommen. Kleinere Schießereien haben sich in verschiedenen Stadtteilen ereignet. In die Diele des Hotels Breitenbacher wurden Handgranaten geworfen, wodurch erheblicher Schaden entstanden ist. Die Zahl der getöteten und verletzten Zivilpersonen steht noch nicht fest. Die Militärpersonen haben keine wesentlichen Verluste zu verzeichnen.**

TU. **Düsseldorf, 11. April.** (Drahtber.) **Heute vormittag dauerten die Ansammlungen und Zusammenstöße in der Nähe des Hauptbahnhofes an. Automobile mit Regierungstruppen durchfahren die Straßen und treiben die Ansammlungen auseinander, wobei es mehrere Verwundete gab. Die Lage ist weiter äußerst schwierig, obwohl der Belagerungszustand aufgehoben ist.**

Gefahr für den Verkehr.

TU. **Kassel, 11. April.** (Drahtber.) **Die Eisenbahndirektion informierte die Presse, daß der Streik der Ruhrbergleute die Gefahr der vollständigen Stillegung des Bahnverkehrs wegen Kohlenmangels in sich trage. Zunächst müssen ab 11. April eine größere Anzahl Personenzüge aller Strecken ausfallen.**

Geeinte Brüder.

TU. **München, 11. April.** (Drahtber.) **Die Einigung des Zentralrates mit den Kommunisten ist in den heutigen Mittagsstunden zustande gekommen. Die gemäßigten Elemente behielten gegen die Führer vom Schlage Dr. Levins und des Berliner russischen Kommunistenführers Levintes das Uebergewicht. Die Kommunisten erklärten sich bereit, mit beratender Stimme in den Zentralrat einzutreten. Charakteristisch für die ganze Verworrenheit der Situation der letzten 24 Stunden ist, daß das führende Mitglied des Zentralrates Toller gestern von den Kommunisten verhaftet wurde, um am Nachmittag wieder freigelassen zu werden.**

Allerhand Schreckschüsse.

TU. **Bamberg, 11. April.** (Drahtber.) **Nach einer Mitteilung der Reichsregierung hat die Entente dieser durch Funkspruch mitgeteilt, daß Bayern nicht in den Friedensschluß einbezogen ist und daß eine feindliche Kontrollkommission verhindern wird, daß von den Lebensmitteln der Entente auch nur das geringste nach Bayern gelangt. Die preußische Regierung hat die Kohlenlieferung eingestellt. Die bayerische Regierung in Bamberg hat sofort Verhandlungen eingeleitet, um die weitere Einfuhr böhmischer Kohle in die südbayerischen Bezirke herbeizuführen.**

Das mißvergnügte Serbien.

TU. **Aus dem Haag, 11. April.** (Drahtb.) **Aus Paris wird gemeldet: Serbien droht sich von der Konferenz zurückzuziehen für den Fall, daß Fiume an Italien kommt.**

Eingesandt.

Unsere Stadtverwaltung fordert im Interesse der Reinlichkeit und Volksgesundheit zur **Entlausung der Kinder** auf. Schon einmal sind die Eltern aufgefordert worden, die verlausten Kleider einzuliefern, es ist aber leider fast niemand gekommen. Möchte doch diesmal die Aufforderung zur Einlieferung der Kleider zur Reinigung von dem ekelhaften Ungeziefer bei den Eltern williges Gehör finden. Es handelt sich nicht bloß darum, die Kinder rein, sondern in der Hauptsache auch darum, Kinder und Eltern gesund zu erhalten. Das möge jeder bedenken, den es angeht und nicht durch falsche Scham sich von der Einlieferung der Kleider zurückhalten lassen.

Gottesdienst-Ordnung.

Palmsonntag, den 13. April 1919.

St. Georg. 5,30, 6, 6,30, 7, 8 und 9 Uhr hl. Messen, 9,45 Uhr Palmweihe, 10 Uhr letzte hl. Messe. Darnach Predigt für die Männer und Jünglinge. 2 Uhr Andacht zu Ehren des h. Kreuzes und der schmerzhaften Mutter, 4 Uhr Schlußpredigt für die Männer und Jünglinge mit päpstlichem Segen und Erneuerung der Taufgelübde.

Liebfrauen. Hl. Messen sind 5,45, 6,30, 7,15, 8, 9 und 10 Uhr. 10 Uhr in der hl. Messe ist Predigt für alle. 9,45 beginnt die Palmweihe. 8 Uhr haben Männerapostolat und Jünglingssodalität gemeinsame hl. Kommunion. (Blätter für das Männerapostolat werden diesmal nicht ausgeteilt.) Nachmittags 2 Uhr ist Andacht. 4 Uhr ist Schlußpredigt für Männer und Jünglinge mit päpstlichem Segen und Erneuerung der Taufgelübde. Am heutigen Samstag wird 8,30 Uhr ein Seelenamt nebst Predigt gehalten für die Verstorbenen der Pfarre Liebfrauen, besonders für die gefallenen Krieger. Auch die Frauen und Jungfrauen sind dazu eingeladen.

Liebfrauen. Montag, Dienstag und Mittwoch sind hl. Messen 6, 7,15 und 8 Uhr.

St. Josef. 5,45, 6,30, 7,15, 8 und 9 Uhr hl. Messen 9,45 Palmweihe, 10 Uhr stille hl. Messe mit Predigt für die Männer und Jünglinge. 2 Uhr Andacht. 4 Uhr Schluß der hl. Mission für die Männer und Jünglinge.

St. Klara. 7 Uhr hl. Messe, 6 Uhr Andacht.

St. Agnes. 7,15 Uhr hl. Messe, 4 Uhr Andacht.

Rhede, 6 Uhr hl. Messe. 7 Uhr hl. Messe; gemeinschaftliche hl. Osterkommunion der Jungfrauenkongregation, sowie der Mädchenklassen zu Rhede. 9 Uhr hl. Messe. 10 Uhr Palmenweihe und Hochamt. 2,30 Uhr Fastenandacht u. Predigt. Heute findet die halbjährlich vorgeschriebene Zählung der Kirchenbesucher statt. Jeder möge nur einmal einen Zählzettel annehmen. Am Dienstag ist morgens 8 Uhr in Rhede Kommunionunterricht, an dem auch die Kinder aus Büngern, Krommert, Krechting und Vardingholt teilnehmen müssen.

Werth. 7 Uhr hl. Messe, 9,45 Palmenweihe, 10 Uhr Hochamt. 2,30 Uhr Fastenandacht mit Predigt.

Velen. 6,30 Uhr hl. Messe, 7,30 Uhr hl. Messe gemeinsame hl. Kommunion des Frauen- und Müttervereins. 10 Uhr Hochamt und Predigt. 2,30 Uhr Andacht.

Andachten im Laufe der Woche.

St. Klara. Dienstag 6 Uhr Antoniusandacht.

Evangelische Gottesdienstordnung.

Bocholt. Sonntag vormittag 10 Uhr Gottesdienst mit Konfirmation. Dienstag abend 9 Uhr Kirchenchor.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil Jos. Hobach für das Feuilleton H. Temming, für den Reklame- und Anzeigenteil Franz Hegaen, sämtlich in Bocholt.

Bekanntmachung.

Rentenzuschläge für Kriegsbeschädigte.

Nach einer Verordnung der Reichsregierung vom 31. 12. 1918 werden, wie bekannt, mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab allen auf Grund von Erwerbsunfähigkeit versorgungsberechtigten Militärpersonen der Unterklassen erhebliche Rentenzuschläge gewährt. Die Bewilligung und Auszahlung dieser Zuschläge wird sich zwar aus technischen Gründen in vielen Fällen noch einige Zeit verzögern, erfolgt aber in jedem Falle von Amts wegen, also ohne daß es dazu besonderer Anträge bedarf. Auch die bisher schon (seit 1. 7. 18) zuständigen Rentenzuschläge sollten von Amts wegen bewilligt und ausgezahlt werden. Dies hat aber, weil — im Gegensatz zu den neuen Rentenzuschlägen — nur ein begrenzter Personenkreis in Frage kam und daher die Empfangsberechtigung von gewissen Voraussetzungen abhing, deren Vorliegen den militärischen Dienststellen nicht immer ohne weiteres bekannt war, in einzelnen Ausnahmefällen leider nicht geschehen können.

Allen denjenigen, die hiernach noch Anspruch auf diese ersten Rentenzuschläge zu haben glauben, wird empfohlen, sich alsbald unter Vorlage ihrer Militärpapiere mit einem entsprechenden Antrag an das für sie zuständige Bezirkskommando (Bezirksfeldwebel) zu wenden.

Bocholt, den 9. April 1919.

Für den Ortsausschuß für die Kriegsbeschädigten-Fürsorge der Stadt Bocholt.
Der Erste Bürgermeister.

Bin verzogen
von Viktoriastraße 15
nach Langenbergstr. 21.
H. Fölting,
Reparatur-Werkstatt
für
Fahrräder und Nähmaschinen. Motorräder und Automobile.

Kainit
in Wagenladungen und fuhrenweise von Bahnhof Bocholt oder der Transportgesellschaft von heute ab an jedermann gegen Kredit abzugeben.
Bezugs- und Absatz-Genossenschaft Mussum.

Gemahlener, hydraulischer
Sackkalk
zum Mauern und Verputzen eingetroffen
Heinrich Hüls, Baugeschäft, Rhede.